Katholische Blätter für
weltanschauliche Information

ORIENTIERUNG

Nr. 4 50. Jahrgang | Erscheint zweimal monatlich | Zürich, 28. Februar 1986

Das Zeichensein ist den Dingen innerlich. Wir werden ihrer inne, wenn wir ihre Verknüpfung, ihren Hinweis erfahren haben. Je größer aber der Hinweis auf das Andere, desto genauer ist die Darstellung des eigenen Wesens. Der Laut, der gestrafft ist mit Fremdbedeutung, stellt zugleich in vollkommener Weise sich selbst dar.

Der Buchstabe dauert für die flüchtige Klanggebärde. Er nimmt die Dauer der Sprache, die ihr innewohnt wie das Bewegte, auf sich. Ein geschriebenes Wort ist nicht ein gesprochenes Wort, das aufgeschrieben wurde. Es ist von allem Anfang an die Bewahrung bestimmt.

Im Gespräch kann sich das Wort immer zurückretten in den, der es ausspricht. In der Schrift ist das Wort endgültig von seinem Ursprung weggeschickt. Beides ist ihm nun überbürdet: das Ausgesprochensein und das Sprechen. Es muß mit dem, was es meint, haushalten auf Gedeih und Verderb.

Platos Dialoge ahmen keineswegs das Gesprochene nach. Sie verkörpern im Gegenteil eine besonders hohe Gattung der schriftlichen Kunst: die Vergegenwärtigung eines Du, das, statt ernstlich ins Wort zu fallen, den monologischen Text forttreibt. Die oft beobachtete Ironie der Platonischen «Gespräche» liegt darin, daß Sokrates auch dann spricht, wenn seine Partner zu sprechen scheinen.

In der freien Fügung der Worte nehmen die Dinge teil an der Freiheit des Geistes. Es gibt sprachliche Gebilde, die ein Stück Welt in unbedingter Übereinstimmung zu ergreifen scheinen. Es entspringt aber nicht einer Notwendigkeit, sondern ist ein Ereignis, daß darin die Worte stehen, wo sie stehen.

In der Sprache ist das Neue in das Bekannte gefaßt. Alle Orte, die in ihr möglich sind, haben den Zauber wiederbesuchter Stätten an sich.

Mitteilung ist Selbstbeschränkung. Ein Gott, der redet, hält seine Allmacht an.

Worte vollkommener Dichtung sind zur Auswahl gegeben. Man kann, wie ein Kenner vor prächtigen Vasen, schwanken, welche man statt aller andern besitzen und aufstellen möchte. Die Worte, die die Offenbarung tragen, zerbrechen unter dieser Last. Sie werden wie alle Scherben unverkennbar und deshalb unersetzlich. Man muß sich für alle entscheiden.

Heinrich Nüsse

Aus: Heinrich Nüsse, Bindestriche. Beiträge zur Praxis und Theorie der Sprache, hrsg. von Alois M. Haas. Erscheint in den nächsten Tagen im Pendo-Verlag Zürich (180 S., Fr. 32.-). Der Band enthält eine Reihe von Aufsätzen des 1977 mit 50 Jahren verstorbenen Deutsch- und Philosophielehrers, aus denen die obigen Sätze («Variationen über das Thema Sprache») herausgewachsen sind. So wären noch weitere zu finden, z. B. S. 107: «Der lebendigmachende Geist wird uns ... nicht anders geschenkt sein als durch die Mühsal des Buchstabens.»

LITERATUR

Vom Ende der Humanzeit: Zu *Günter Grass'* neuem Roman *Die Rättin* - Komponiert aus altdeutschem Märchenschatz, Personen des Blechtrommel-Romans und politischer Zeitkritik - Im chronologischen Dreischritt: vom Ausbeuter-Menschen über den «Großen Knall» zur Neugeburt des «Rattenmenschen» - Mehrfach gesponnener Erzählfaden wird durch eingefügte Gedichte kommentiert - Rättin mahnt den unbelehrbaren Menschen vor seiner drohenden Selbstvernichtung - Erzähler und Rättin erzählen im Widerstreit - Nur die lebensnotwendige Angst vermag den Menschen zu retten - Die nach der atomaren Katastrophe auftretenden Menschenratten fallen in menschliches Fehlverhalten zurück - Grass' Frage, ob die letzten Hoffnungen schon vertan sind - Gewitzte Partien mit moralischem Appell - Diskrepanz zwischen mythisierendem Märchenton und apokalyptischer Intention. *Paul Konrad Kurz, Gauting b. München*

KOLUMBIEN

Camilo Torres - Christentum und politische Praxis: Vor zwanzig Jahren wurde Camilo Torres in Zusammenhang mit einer Guerillaaktion getötet - Großbürgerliche Herkunft - Priester und Soziologe - Erste Studien zu den sozialen und ökonomischen Ursachen der «Violencia» in Kolumbien - Historisches Bündnis zwischen Liberalen und Konservativen verhindert jede Sozial- und Wirtschaftsreform - Die Kirche ist in diese Machtkonstellation eingefügt - Lassen sich progressive Intellektuelle organisieren? - Unter dem Titel Plattform werden erste strukturelle Analysen veröffentlicht - Darf ein Priester politisch tätig sein? - Erste Konflikte mit der kirchlichen Hierarchie - Um den Vorrang der Nächstenliebe und den prophetischen Kern im Christentum - Bruch mit dem Klerikalismus - Kämpfer bei der Guerilla - Symbol für Neugeburt der Kirche und Überwindung der «neuen Christenheit».
Mario Calderón, z. Z. Paris

GEWERKSCHAFTEN

Deutschland: Wie wird das Arbeitskampfrisiko verteilt?: Kontroverse um die Neufassung von § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes - Rechtspolitisches Nachspiel des Arbeitskampfes von 1984 - Schwerpunktstreiks und «kalte Aussperrung» als Kampfmittel - Bundesanstalt für Arbeit: eine Ersatzstreik-Kasse? - Zur Frage steht die faire Verteilung der Arbeitskampfrisiken - Juristische Vorbehalte gegenüber § 116 - Gewerkschaften beurteilen konservativ-liberale Regierungspolitik als gegen sie gerichtet - Vorgesehene Neufassung von § 116 schafft keine größere Rechtssicherheit und kann leicht unterlaufen werden - Die Neutralität des Staates und der Bundesanstalt für Arbeit ist nicht gewährleistet - Lösungsvorschläge haben die Tarifautonomie zu stärken - Leitsätze arbeitspolitischer Fairneß.
Friedhelm Hengsbach, Frankfurt a. M.

Streitbare Apokalyptik im mythisierenden Ton

Günter Grass' Roman «Die Rättin»

«Nein, ich glaube nicht, daß Gott es einmal sein wird, der uns Menschen auslöscht. Die Menschheit selber wird es sein, die sich aus Haß, Begierde und Neid zugrunde richtet. Zum erstenmal ist es in Menschenhand gegeben.» Das sagt Cordt Ristenpart, der Friedenspfarrer aus *Dieter Lattmanns* Roman *Die Brüder*. Er war freiwillig in die DDR gegangen, um dort «Frieden und Sozialismus» zu verwirklichen.[1]

Gesetzt den Fall, daß die Zeit der Menschen zu Ende ginge, wie sähe dieses Ende aus? Würde einer das Menetekel geheimnisvoll an die Wand schreiben? Oder läge es offen auf der Erde? Schwämme es im Wasser? Flöge es in der Luft? Könnte man es sehen, hören, atmen, riechen, fühlen?

Die kluge weibliche Warnerin, die gegen die kriegerische Welt der Männer ihre Vergeblichkeit erfuhr, hieß in der griechischen Mythologie *Kassandra*. Angesichts des männlichen Wahndenkens und des kalkulierten Overkills aktualisierte *Christa Wolf* die Seherin «Kassandra» in ihrer gleichnamigen Romanerzählung.[2] Die Frau heute klagt die verhärtete, lebensbedrohende, zynische Vernunft des Mannes an. Apokalypse ist «in», könnte man die Trendmeldung der Science-fiction-Produktion in die kritische Literatur übertragen; besonders seit *Inge Merkel* mit ihrem Roman *Die letzte Posaune* eine Art Wiener Apokalypse schrieb.[3]

Wie aber würde, könnte ein *Mann* das Wahndenken, die Wahnproduktion, den Overkill warnend episch fassen? *Günter Grass* hat seine politische Sensibilität wiederholt rednerisch bekundet. Neugierig gemacht durch Lesungen und angekündigt durch Vorabdrucke in der ZEIT, erhalten die Leser auf über fünfhundert Buchseiten den apokalyptischen Roman *Die Rättin*.[4] Die Fabulierkunst des Autors baut aus altdeutschem Märchenschatz, aus Danzig-Mythe und extensiv politischer Zeitkritik ein überdimensionales episches Gemälde vom *Ende der Humanzeit* und der Geburt eines neuen Tierhominiden, des «Rattenmenschen». Mehrfädig schildert, beschreibt und beklagt der Erzähler das Ende des Täter- und Ausbeuter-Menschen, den «Großen Knall», die Hoffnung auf eine neue, soziale, friedensfähige Lebensform. Das ist Warnung, Gericht und Verheißung in einem. Märchen und Anti-Märchen, statistische Fakten und Mythos, rabulististische Unterhaltung und scharfe Zeitkritik verbinden sich. Der dialektische Dreischritt: Alter Mensch – Vernichtung (durch den «Großen Knall») – Neugeburt des «Rattenmenschen» ist freilich früh erkennbar. Eine Spannung auf den Ausgang der schon auf den ersten Seiten inkriminierten Menschheitsgeschichte stellt sich nicht ein, ist wohl auch nicht beabsichtigt.

Die Ratte unter dem Weihnachtsbaum, die Reizwörter für ein Gedicht auslösen soll, setzt Geschichten in Gang. Mit Hilfe seiner beiden Erzähler, dem auktorial fabulierenden Ich-Erzähler und der noch mit höherem Anspruch, nämlich prophetisch und mythisch überhöht sprechenden, allgegenwärtigen Rättin, dröselt der Autor seine Geschichten zur Untergangsfabel vom «Ultimo». Zwischen Lübeck, dem sagenhaften Vineta, Oskars (des Blechtrommlers) Danzig und der großmütterlichen Kaschubei verfolgt der Erzähler Fährnisse in der jüngsten Gegenwart. Das Feld der Geschichten und den Gang der Geschichte (als Fabel und als Historie) kommentiert der Autor mit quasi-chorischen Gesängen.

Mir träumte, ich müßte Abschied nehmen
von allen Dingen, die mich umstellt haben
und ihren Schatten werfen: die vielen besitzanzeigenden
Fürwörter. Abschied vom Inventar ...
Mir träumte, ich müßte von jeder Idee, ob tot
oder lebend geboren ...
und von der Dauerläuferin Hoffnung auch
mich verabschieden. Abschied vom Zinseszins
der gesparten Wut, vom Erlös gespeicherter Träume ...
Mir träumte, ich müßte Abschied nehmen
vom kahlen Geäst,
von den Wörtern Knospe, Blüte und Frucht,
von den Zeiten des Jahres ...
Ich träumte, ich müßte von Tisch, Tür und Bett
Abschied nehmen ...
Und nie wieder Schmerz. Nichts,
dem Erwartung entgegenliefe ... (115ff.)

Eine Art Welttheater

In der Nachfolge Lessings und Herders will Grass fabulierend seinen Beitrag zur *Erziehung des Menschengeschlechts* liefern. Neubarocken Tendenzen folgend und seines Lehrers Döblin gedenkend, stellt Grass jedem der 12 Romankapitel eine episierende Inhaltsangabe voran. Auf Personen und Geschehnisse andeutungsvoll verweisend, reizen diese Summarien des Lesers Neugier. Eine Spannung aufs Ende ist nicht beabsichtigt.

Die bescherte Weihnachtsratte mausert – oder muß man sagen «rattet» – sich alsbald zur überlegenen Sprecherin. Sie redet auf den Erzähler ein; sie «träumt» ihm sogar. Sie liefert ihm Einfälle und erlaubt bald ernste, bald skurrile Metamorphosen. Der Ratte eignet göttliche Ubiquität. Natürlich assoziieren die beiden Erzähler (Ich und Rättin) als Mundstück des Autors das rättische Assoziationsfeld. Alsda sind Wanderratte, Müllratte, Hungerratte, Pestratte, die Ratte, vor der sich der Mensch ekelt, mit der er sich aber auch wieder als «Leseratte» identifiziert. Kluges Gespür und Lebenswillen verrät die Redensart «Die Ratten verlassen das sinkende Schiff». Ein eigener Erzählstrang wird aus der Hameler Rattenfänger-Sage bis zur 700-Jahr-Feier (1984) entwickelt.

Grass bläht seine Ratte-Mensch-Fabel zu einer Art Welttheater mit biblisch-mythischer Staffage auf. Altbiblisch und Lutherdeutsch imitierend beginnt die Rattengeschichte bei der Arche Noah. Obwohl der «polternd strafende Sintflut-Gott» Noah die Rettung aller Tiere aufgetragen hatte, übersah dieser absichtsvoll die Ratte. Doch das kluge Tier konnte in Erdgängen für sein Überleben selbst sorgen. «Da lachte der seiner Stümperei überdrüssige Gott, weil Noahs Ungehorsam an unserer Zähleibigkeit zunichte geworden war» (12), berichtet und wertet die Rättin. Dieser «Geist der Erzählung» erzählt nicht nur Geschichte und Gegenwart der Ratten. Die Ratte, in welcher der Mensch den «verkörperten Ekel», «das Böse an sich» sieht, kommentiert souverän, kritisiert, warnt und richtet zuletzt den unsozialen, überheblichen, aus freien Stücken unbelehrbaren Menschen.

Erzähler und Rättin erzählen im Widerstreit. Während der Erzähler an die Zukunft des Menschen glaubt, seine Zeit mit Geschichten verlängern möchte, verkündet die Rättin das Ende der Humanzeit: «In Zukunft nur noch Ratten». Höhnisch reagiert die Rättin, wenn der Erzähler Zuflucht beim Nachrichtensprecher sucht, der zwischen Unheilsmeldungen von Abrü-

[1] Die Brüder. Frankfurt 1985; vgl. dazu die Besprechung: P.K. Kurz, Fortgeschrittene Deutschstunde. Zu Dieter Lattmanns Roman «Die Brüder», in: Orientierung 49 (1985), S. 117ff.

[2] Christa Wolf, Kassandra. Erzählung. Darmstadt und Neuwied 1983; vgl. dazu: P.K. Kurz, Kassandra – wider den programmierten Untergang, in: Orientierung 47 (1983), S. 187ff.

[3] Inge Merkel, Die letzte Posaune. Roman. Residenz Verlag, Salzburg 1985.

[4] Günter Grass, Die Rättin. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1986; 512 Seiten, DM 39,–; vgl. dazu den Vorabdruck von Kapitel 1 und 4, in: DIE ZEIT vom 29. November und 6. Dezember 1985.

stungsverhandlungen, Gipfelgesprächen, politischen Hoffnungen spricht. Ihr gehört die Oberstimme.

Angesichts der Probleme der 80er Jahre

Grass dröselt mehrere Erzählfäden zu einem dicken Erzählgarn.[5] Er entwickelt aber nicht nur die (episch unvermeidliche) zeitliche Abfolge. In einem breiten Neben-, Mit- und Ineinander versammelt er Tier und Mensch, Waldstücke, Meerstücke, Stadtansichten (Danzig), Gestalten seiner *Blechtrommel-* und *Butt*-Epik zu einem zeitkritischen Kolossalgemälde im Fantasy-Gewand. Mit seinen Gestalten und durch sie hindurch erinnert, ja predigt er die sozialpolitischen Probleme der 80er Jahre. Zur Aufbereitung seiner Märchengeschichten, Mythen, Daten und Meinungen setzt Grass das filmische Cuttingverfahren ein. Überschaubare Szenen werden mit bald weichen (verbindenden), bald harten (abrupten) Schnitten aneinandergereiht; die Erzählstränge – mitunter angestrengt – bis zum «Knall»-Ende und darüber hinaus durchgezogen.

Da stechen Anfang der 80er Jahre fünf lachlustige, spitzzüngige Frauen auf der «Neuen Ilsebill», einem Ostsee-Ewer, von Travemünde in die Ostsee.[6] Die feministisch bewußten, fürderhand strickenden Frauen fahren mit dem Forschungsauftrag, den gefährlich zunehmenden Quallenbestand zu messen. Darüber hinaus suchen sie das verschollene Vineta, die versunkene Insel des Lebens, die Stadt der glücklichen Frauen. Die unerfüllte Sehnsucht als mythisch-utopisches Bild.

«Jetzt, Rättin, seitdem sich in Wäldern und Flüssen, auf flachem, im bergigen Land, in Manifesten und Gebeten, auf Transparenten und im Kleingedruckten sogar, in unseren leerspekulierten Köpfen abzeichnet, daß uns der Faden ausgehen könnte, jetzt, seitdem das Ende von Tag zu Tag nur vertagt wird, sind Frauen strickend die letzte Gegenkraft, während die Männer nur alles zerreden und nichts fertigbringen, das den frierenden Menschen wärmen könnte – und seien es Pulswärmer nur.» (41)

Als eindrucksvollste Figuren begegnen dem Leser (aus dem Roman *Die Blechtrommel*) *Oskar Mazerath* und seine Großmutter *Anna Koljaiczek*. Oskar, bald 60, vom Autor genüßlich «Unser Herr Mazerath» genannt[7], ist ein erfolgreicher Produzent von Videofilmen geworden. Er braucht unablässig Drehbücher. Als der Erzähler ihm «Das Waldsterben als letztes Märchen» oder «Die Verquallung der Ostsee» vorschlägt, wehrt er diesen «apokalyptischen Kassensturz» ab. Sein Erfolg beruht auf der Devise «Wir stellen Zukunft her». Hingegen zeigt er sogleich Interesse an den Fälschungen des Malers Malskat. Der in Königsberg geborene Maler hat in den Nazijahren den Domchor in Schleswig mit «artreiner Kunst» versehen. Nach dem Krieg durfte er Langhaus und Hochchor der Lübecker Marienkirche mit deutsch-gotischen Heiligenfiguren und dem Madonnengesicht der Nazi-Filmschauspielerin Hansi Knoteck ausmalen. Zusammen mit «Adenauer und Ulbricht» gehört er für den Autor zum «Fälschertriumvirat» der fünfziger Jahre.

«Und weil sich allgemein das Fälschen und Verfälschen zu einer Lebensart mauserte, die recht bald regierungsamtlich wurde, worauf die alten Zustände, als wäre in ihrer Folge nichts Entsetzliches geschehen, als neue Zustände ausgegeben wurden, entstanden in Deutschland zwei Staaten, die als ‹falsche Fuffziger› im Umlauf blieben und mittlerweile als echt gelten.» (273)

Der mehrfach wiederholte Fälschervergleich wirkt angestrengt. Viele mythische Bilder und geschichtliche Vorgänge müssen sich auf dem Weg durch die «Kopfgeburt» des Autors[8] bald artige, bald denunzierende Verfremdungen gefallen lassen. Der Leser bekommt die phantastische Allmacht und den politischen Willen des Erzähler-Autors zu spüren.

An die Seite der politischen Fälscher der 50er Jahre setzt der Autor den Bundeskanzler der 80er Jahre. Dieser fährt «hinter Blaulicht, von Polizeischutz flankiert, mit verhängten Fenstern» auf der deutschen Märchenstraße durch den sterbenden Wald. Auf einem Waldparkplatz ziehen Waldarbeiter «baumhohe Kulissen hoch, die mit gesundem Wald bemalt sind, etwa im Stil des Moritz von Schwind». Bei einem Arbeitsessen mit dem Erzähler zeigt sich der Filmproduzent Mazerath interessiert an einem Stummfilm «über den sterbenden Wald, der einerseits anklagen soll, damit die Wälder in letzter Stunde gerettet werden, der andererseits Abschied nehmen will, weil es zu spät, viel zu spät ist». Der Erzähler will in seinem Skript die historischen Brüder Grimm in «gegenwärtigen Rollen» auftreten lassen, Jakob als Sonderminister für Umweltschutz, seinen Bruder Wilhelm als Staatssekretär für zunehmende Waldschäden (120f.). Hänsel und Gretel, die beiden Kanzlerkinder, die Johannes und Margarete heißen, «laufen im toten Wald an Müllkippen, Giftdeponien und militärischen Sperrbezirken vorbei». Als Vater und Mutter erzählen der Kanzler und seine Gattin der Presse, wie untröstlich sie über ihre entlaufenen Kinder sind.

Lebensnotwendige Angst

Die Warnungen der Rättin, die Erziehungsversuche an den Menschen waren vergeblich. Den unaufmerksamen, hochmütigen Menschen fehlt die «lebensnotwendige Angst».[9] – «Der angstfreie Mensch ist besonders gefährlich», sagte die Rättin (167). Scheinbar zufällig, aber unaufhaltsam brach das *Ende der Menschen* herein. Mäuse, dumme Mäuse, haben in den Computerzentralen von Ost und West «gleichzeitig den Countdown ausgelöst – oder sagen wir fortan: den Großen Knall». Im Stadtgebiet von Danzig, im Umland zur Weichselmündung und bis zur Kaschubei haben einige Neutronenbomben «zwar alles Leben ausgelöscht, die historischen Gebäude, Wohnsilos und Hafenanlagen» jedoch erhalten. Ironisch berichtet die Rättin, daß auch anderswo, z. B. in Gizeh (nicht aber in Jerusalem!), die Baudenkmäler dank der von den Menschen erfundenen «Schonbombe» heil geblieben sind.

«In den geschonten Kulturzentren des Abendlandes schrumpfte der Mensch, weil ihm bis zum Eintritt des Todes alle Feuchtigkeit entzogen wurde. Noch Monate nach dem Großen Knall, als wir Ratten, kaum ließ die Finsternis nach und milderte sich die Kälte, ans immer noch trübe Licht kamen und überall aufräumten, sahen wir lederne Menschlein, auf allen vieren zumeist, in kriechender, sich vergeblich aufbäumender Haltung, als wollten sie noch zuletzt ihre Fähigkeit zum aufrechten Gang zurückgewinnen.» (171)

Die Menschen sind alle tot, gekillt von der Logik des Overkills. Nur der Erzähler darf als Space-Beobachter in einer Raumkapsel überleben und mit der Rättin weiterhin seine Streitgespräche führen.

Weil der Erzähler nicht linear fortlaufend erzählt, sondern mehrere Handlungen und Schauplätze nebeneinander verfolgt (wo es zu häufigen, den Leser bisweilen strapazierenden Wie-

[5] «Links von meiner Weihnachtsratte steht der Tisch, auf dem sich zu viele Geschichten verzetteln. Rechts von ihr steht auf dem Werkzeuggestell unser Radio. Gemeinsam hören wir im Dritten Programm, daß die Erziehung des Menschengeschlechts noch lange nicht abgeschlossen ist» (187).

[6] Im *Butt*-Roman erzählt der Mann die mythischen Küchengeschichten seiner schwangeren Frau Ilsebill. Als «neue Ilsebills» tauchen im Roman die Feministinnen auf, die den Mann-Erzähler vor ihr «Feminal» ziehen. Den Frauen der «Neuen Ilsebill» zeigt der Autor sehr viel mehr Sympathie als den Feministinnen im *Butt*-Roman.

[7] Die ironisch-parodistische Anspielung auf «unseren Herrn Jesus» ist durchaus gemeint. Der Oskar der *Blechtrommel* setzte sich provozierend als Gegen-Jesus ins Spiel. Er stellt sich am Ende der Kriminalpolizei auf deutsch, französisch und englisch mit «Ich bin Jesus» vor.

[8] G. Grass veröffentlichte 1980 den Roman *Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus* (Darmstadt und Neuwied); vgl. dazu: P.K. Kurz, Zwischen Widerstand und Wohlstand. Zur Literatur der frühen 80er Jahre. Frankfurt 1986, S. 25–29.

[9] Im Luchterhand Verlag, dem Verlag des Autors Grass, erschien 1982 ein Band mit dem Titel *Mut zur Angst. Schriftsteller für den Frieden* (Hrsg. von I. Krüger; Sammlung Luchterhand, Band 415); darin steht auch ein Beitrag von G. Grass. Der Band wurde nach Erscheinen von politisch-konservativer Seite in der Bundesrepublik Deutschland – zu Unrecht – in die Polemik gegen die Angstmacher einbezogen. Die polemischen Redner wußten offenbar nicht zu unterscheiden zwischen berechtigter, ja lebensnotwendiger Angst und verdrängter Angst oder Angstmache.

derholungen kommt), fallen zweihundert Seiten lang die Atombomben (vom 4. Kapitel bis zum 8.). Zwischen dem momentanen «Großen Knall» und dem episch ausgebreiteten, wiederholt angesetzten besteht ein Mißverhältnis. Die fortgesetzte Beschwörung des «Ultimo» verrinnt, verliert, verpufft in Vorstellungen. Das Ungeheuerste breitet sich episch genüßlich als «Kopfgeburt» aus. Realistisch beteuert wird das Ende alles menschlichen Lebens. Aber dann gibt es – in dieser Form notwendig – die episch Überlebenden: mit Oskar überlebt – nach der großen Inszenierung ihres 107. Geburtstags – Großmutter Anna Koljaiczek.

Der Geburtstag beginnt mit der «heiligen Kommunion» aus der Hand des Priesters. Oskar hat für den Tag einen Gedächtnisfilm vorproduziert. Und er filmt den ganzen Geburtstag. Am meisten wundern sich die Angehörigen des vorelektronischen Zeitalters. Der Autor läßt sich seinen Aufklärungs-Gag nicht entgehen. «Nicht wahr, Hochwürden, früher nannte man es göttliche Vorsehung, heute sind es winzige Mikroprozessoren, die alles speichern, was war, und ausspucken, was sein wird.» (315)

«Doch wie sie noch feiern und sich auf dem Bildschirm (d.i. der von Oskar produzierte Videofilm) als feiernde Gäste sehen, zerreißen Blitze wie anderswo in der Welt, so auch in der Kaschubei den Himmel, worauf die Gäste ins Freie drängen, wo sie alle, die einen schnell und gnädig, die anderen elend vergehen, krepieren, entsaftet schrumpfen; denn der Raum Matarnia, Firoga, Zokovo, Kartuzy, in dem seit Jahren Flugpisten betoniert liegen, ist von zwei Vernichtungssystemen, der Hitze- und Druckwelle und dem radioaktiven Fallout, sowie von beschleunigten Neutronen- und Gammastrahlen betroffen ...

Zuerst sieht es so aus, als habe im vorhin noch blumengeschmückten Lehnstuhl einzig Anna Koljaiczek das Ende überlebt, erblindet zwar, doch bei Atem; es liegt aber ihr Enkelkind Oskar unterm Schutt und rührt sich ... Geschützt von den vier Wänden der Guten Stube und ausgespart durch meinen Willen, den ich gegen die Rättin und ihr Diktat setze, bleiben die beiden übrig.» (327f.)

Rattenmenschen und Menschenratten

Gemeinsam verehren die Ratten «den letzten atmenden Menschen in seinem Lehnstuhl, der wie unsereins Kraft im Gebet sucht: Immerfort betet die Uralte ihrem Rosenkranz nach. Wir hören sie flüstern: Du schmerzensreiche, gebenedeite ... Die Du für uns gelitten hast» (334f.). Die Rattenvölker durchleben Hungerzeiten, Nahrungs- und Glaubensstreitigkeiten. Schließlich darf die Uralte sterben. Ihre Röcke geben «ein vertrocknetes Kindlein frei, das vielleicht zur Stunde des Großen Knalls zur Welt gekommen war». Einander ablösende Ratten tragen «die sterblichen Reste Anna Koljaiczeks und unseres wieder zum Winzling gewordenen Oskar querfeld durch die gehügelte, doch gänzlich baum- und strauchlose Kaschubei» (354f.) in die Danziger Marienkirche. Dort wird die Heilige nach dem Willen des Autors «dem Menschensohn zu Füßen, der an drei Nägeln hängt» samt Söhnchen und allen Insignien «auf einer Kiste, die in Humanzeiten Tabernakel genannt wurde», als thronende Madonna (sitzend) zur Verehrung aufgestellt.

Ein neues Klima erlaubt zwei Ernten im Jahr und beendet so die Hungerzeit der Ratten. Aus Dankbarkeit stellen die frommen Ratten ihre Erntegaben an Madonna Koljaiczeks Altar auf. Betend versammeln sie sich «für die Wiederkehr des Humanen» (363/417).

In Deutschland fallen im Film über den sterbenden Wald Kanzler, Minister, «die Fernsehfritzen sogar und die fixen Zeitungsschreiber» in tiefen Dornröschenschlaf. Indes rufen im Knusperhäuschen des «heilen Waldes» die Märchengestalten «Alle Macht den Märchen». Nunmehr regieren durch epische Phantasie in Bonn die Grimmbrüder mit einer korrupten Notstandsregierung. Die Märchengestalten verlangen «reine Luft, sauberes Wasser, gesunde Früchte». – «Die Bischöfe und Professoren nicken vorsichtig bedenklich» (404).

Drüben, in der gen-mythischen Welt, im Danziger Haff, fährt das Wrack der «Neuen Ilsebill» in den historischen Danziger Hafen ein. Von Sankt Marien und den anderen Kirchtürmen läuten – wie bei der Ankunft des Papstes Gregorius in Thomas Manns Roman *Der Erwählte* (1951) – die Glocken, die «Kommenden» zu begrüßen. In der Größe etwa «eines dreijährigen Knäbleins» entsteigen, menschlich proportioniert mit übergroßen Rattenköpfen, die Rattenmenschen oder auch Menschenratten dem Schiff (417ff.). Der Leser erinnert sich, die Rättin hatte unlängst für sich und ihre Laborratten den Nobelpreis für Verdienste auf dem Gebiet der Genforschung erhalten (189ff.). Der Erzähler hat ihr die Preisrede gehalten.

In Danzig bricht Streit zwischen den einheimischen Ratten und den zugereisten Rattenmenschen aus. Den Zugereisten ist die Habgier des Menschen und dessen Fähigkeit zum «Gleichschritt» geblieben. Es gelingt den cleveren «Watsoncricks», auch «Nippels» genannt[10], die Altratten aus der Stadt aufs Land zu verdrängen. Mazerath zeigt im Finale seines Films aus der posthumanen Zeit den besonderen Liebreiz der weiblichen Menschrättin. Mit ihr verbindet sich das Bild der geliebten Damroka (die Kapitänin der «Neuen Ilsebill»): Huldigungen des Autors an die ewig erotische (dem Mann zugeordnete) Frau. Damroka kehrt zurück zu ihrem Orgelspiel. In der Danziger Marienkirche ruft ihr der Erzähler zu: «Dich, nur dich will ich ..., dein Gespons, dein Narr, dein himmlischer Bräutigam». Die überlegene Frau warnt ihn, daß ihr (d.i. der Frauen und der anvertrauten Rattenvölker) Gedächtnis «an euch gottähnlichen Selbstvernichtern» (428f.) abnehmen könnte.

Es ist nicht leicht für den Autor, seine Fäden und Geschichten einigermaßen stimmig zu Ende zu bringen. Eindrucksvoll bleibt die warnende Tendenz. Am 75. Jahrestag der Menschenratten werden die Rückfälle «in allzu bekanntes Humanverhalten» überdeutlich (486f.). Vor allem die Neuschwedischen – «es ist zuviel Mensch in ihnen» – fallen ärgerlich auf. Diese Nippels werden ausgehungert. «Die Menschenratten würgen einander ab.» Der episch-chorische Schluß des märchen-rhapsodischen Sängers:

«Ich träumte, ich dürfte mir Hoffnung machen
und suchte nach Wörtern, geeignet sie zu begründen,
begründet mir träumend Hoffnung zu machen.
Also probierte ich aus und sagte gute,
neue und kleine Hoffnung. Nach der vorsichtigen
sollte es plötzliche sein. Ich nannte sie
trügerisch, bat sie, uns gnädig zu werden.
... es lachten Ratten uns aus,
als auch die letzte Hoffnung vertan war» (503).

Der real-mythische, märchen-parodistische Roman endet mit den entgegengesetzten Standpunkten von Rättin und Erzähler. «Nichts zeugt von ihm, das fortleben könnte», behauptet die Rättin kategorisch. Darauf der Erzähler, «angenommen, es gäbe uns Menschen noch ... (im Text), diesmal wollen wir füreinander und außerdem friedfertig, in Liebe und sanft, wie wir geschaffen sind von Natur».

Ist die letzte Hoffnung vertan?

Günter Grass hat die zentralste, akuteste Frage unseres bedrohten Jahrzehnts in ein großes apokalyptisches Gemälde gefaßt: Raum-, Zeit- und Gesellschaftsroman in einem. Der Erzähler bekundet das autobiographische Engagement seines Autors:

«In Mutlangen, Heilbronn und anderswo war ich dabei. Und es gelingt vielleicht mit der Zeit, ich meine, vielleicht begreifen wir Menschen endlich, so kurz vor Ultimo, daß wir aus Schaden klug und viel bescheidener werden müssen, nicht mehr so hochmütig, damit die Erziehung des Menschengeschlechts – du erinnerst dich, Rättin! – abermals, und mit deiner Hilfe fortan, auf dem Programm steht» (187).

Im Roman finden sich erzählerische Kabinettstücke. Zwischen

[10] «Schließlich erinnerten wir uns an jene zwei hochgeehrten Herren, die während der ausgehenden Humanzeit die DNS-Struktur aufgedeckt, den Zellkern gespalten, Genketten lesbar gemacht hatten und Watson und Crick hießen» (419). «Nippels» abgeleitet von manipulieren.

parodistischen Märchenphantasien stehen des Erzählers Nobelpreisrede (190ff.), seine Rede vor dem Bundestag (241ff.); etwas blaß routiniert dagegen Oskars Geburtstagsrede (309ff.). Grass mischt virtuos die Gattungen; Preisrede und Warnrede, Tierfabel und Karikatur, Information und Allegorie, Bericht und Schelte, Frauenlob und Frauenironie, Heimat-Mythos und räsonierender Kommentar. Er bündelt Geschichten und chorischen Vers. Er zitiert die Bibel und die Ideale der Französischen Revolution, Camus und Bloch, Jean Paul und Kant. Spielerisch montiert er Bekanntes. Den alten Sack ausklopfend bringt er einmal mehr ohne Notwendigkeit den «lieben Gott» ins Kabinettspiel. Dem wird seine defiziente Schöpfung abgenommen, überboten: «Weltweit sind Ratte und Mensch zu ihrer Neuschöpfung entschlossen» (195). Das «Rattige» und das «Faustische» sollen sich symbiotisch verbinden. Die Nobelpreis-Anrede «Hochverehrte Akademie» erinnert zu sehr an Kafkas Anrede der Akademie durch den gewaltsam entführten dressierten Affen-Menschen. Während aber Kafkas schnörkellose Rede alles selbstische und gefällige Pathos meidet, auch alle überlegene Begrifflichkeit –, und in seiner asketischen Eindringlichkeit nachhaltig Betroffenheit auslöst – weil Kafka den Menschen aus der Anrede des Affen sich neu sehen lehrt –, will sich eine vergleichbare Betroffenheit oder radikales Neusehen bei Grass nicht einstellen. Pointiert: Kafkas «Ein Bericht für eine Akademie» spricht prophetischer als alle Grassschen Erzähler der *Rättin* zusammen.

Natürlich hat Grass seinen unverwechselbaren Erzählton aus Danzig-Saga und «Kopfgeburten», aus Märchenparodie und Streitrede, aus hübschen Einfällen und Besserungspathos. Unterhaltend belehrt er, belehrend unterhält er. Er will locker, aber doch mit viel Pathos zum Welt-Wichtigsten Stellung nehmen. Aber apokalyptische Betroffenheit will sich nicht einstellen. Die spielerischen Einfälle mindern die Botschaft, das Erzählspiel den mitgeteilten Ernst der Lage. Die predigerhafte Absicht kleidet sich episch selbstgefällig. Der Grasssche Erzähler bleibt stets der Überlegene.[11] Ihm kann nichts passieren. Er zitiert, kombiniert, mythisiert, redet und predigt. Die naiven Märchengestalten werden dabei zu raffinierten politischen Schlümpfen. Die Bibel bleibt bloße Staffage. Die Tatsache, daß Camus' «Pest» zitiert wird, bringt erzählerisch nichts; keine Steigerung, keine Wende, keine weitere Erinnerung. Die Landschaft von Camus paßt im Grund überhaupt nicht in die Grasssche Erzähllandschaft. Zwischendurch fädelt der Autor dem Erzähler seine Wertungen als schiere Behauptungen in den Mund.[12] Wo der Autor Gestalten entwickelt – wie Oskar oder die Großmutter –, haftet das Erzählte im Gedächtnis, vermehrt er unsere Vorstellungskraft. Die märchenhaften «Kopfgeburten» im Fantasy-Look flattern schmetterlingshaft um den Großen Knall.

Mir stellt sich als Leser die Frage, ob der mythisierende Märchenton nicht in eine mißliche Spannung zur apokalyptischen Predigt gerät. Verträgt sich die beschwörende Vision des Furchtbaren mit dem verharmlosenden Plauderton? Lockert nicht die wuchernde Phantasie den realen Widerstand des erschreckend Wirklichen? Die «Rättin» erscheint mir als groß angelegter epischer Versuch, die *Blechtrommel* mit den *Kopfgeburten* zu vereinen, die pathetische Erziehung des Menschengeschlechts im Märchenton über die sperrig besetzte Bühne zu bringen. Große Einfälle, gewitzte Partien, ironisch und satirisch vorgebracht, ein höchst moralischer Appell. Aber der spaßige Märchenerzähler, der mythische Beschwörer einer verlorenen Heimat und der apokalyptische Prediger: sie fallen trotz virtuoser Amalgamierungskunst auseinander.

Paul Konrad Kurz, Gauting b. München

VOM VERFASSER ist soeben erschienen: Zwischen Widerstand und Wohlstand. Zur Literatur der frühen 80er Jahre. Knecht-Verlag, Frankfurt; 304 Seiten, DM 39,–.

[11] Der steht im denkbar größten (erzählerisch fruchtbaren) Gegensatz etwa zu *Martin Walsers* Erzähler und Erzählton. Walser entwickelt differenziert aus beschränkter Perspektive seine überlegenen Überlebensfiguren (z. B. Studienrat Halm im Roman *Brandung* [Frankfurt 1985]).

[12] «Doch wenn wir euch hätten lehren können (sagt die Rättin), wäre die erste Lektion so ausgefallen: Fortan macht die Erziehung des Menschengeschlechts Schluß mit dem Gerede von Unsterblichkeit. Der Mensch lebt, solange er lebt. Nach dem Tod ist nichts. Und nichts außer Müll wird bleiben von ihm. Habt also Angst, ihr Menschen, fürchtet euch und seid sterblich wie wir, dann lebt ihr ein bißchen länger vielleicht.» (168f.)

Camilo Torres – gefährliche Erinnerung

Vor zwanzig Jahren, am 15. Februar 1966, fiel der kolumbianische Priester Camilo Torres im bewaffneten Kampf. Seither ist Camilo für die einen ein Stein des Anstoßes, für die andern ein Gütezeichen der Revolution. Dieser Gegensatz entspricht den widerstreitenden Positionen und Interessen in der heutigen kolumbianischen Gesellschaft. Der folgende Versuch, Camilos Wirken, seine Worte und Taten in einer Skizze zusammenzufassen, möchte die gegensätzlichen Reaktionen, die er immer noch auslöst, verständlich machen.

Die Anfänge – «Ich werde bürokratisiert»

Camilo wurde am 3. Februar 1929 in Bogotá in einer Familie des Großbürgertums geboren. Er genoß eine Primar- und Mittelschulausbildung, wie sie der Gesellschaftsschicht, aus der er stammte, entsprach, und begann nach deren Abschluß seine Studien an der Juristischen Fakultät der Nationaluniversität. Am Ende des ersten Semesters hatte er vor, in den Dominikanerorden einzutreten. Doch mit dieser Absicht stieß er auf den Widerstand seiner Mutter; schließlich war sie aber damit einverstanden, daß er sich ins Priesterseminar von Bogotá aufnehmen ließ. 1954 wurde er zum Priester geweiht. Von Ende 1954 bis Juli 1958 ließ ihn sein Bischof in Löwen Sozialwissenschaften studieren, die er mit dem Lizentiat abschloß. Während dieser Jahre gründete und animierte Camilo verschiedene kolumbianische Auslandsgruppen. Sie nannten sich zuerst «sozialwirtschaftliche Forschungsgruppen» (ECISE: Equipos Colombianos de Investigación Socio-Económica) und später «Gruppen für Studium und Fortschritt» (ECEP: Equipos Colombianos por Estudio y Progreso). Bis 1958 gab es sechs Gruppen in Europa, drei in den USA und eine in Bogotá. Einige Mitglieder der damaligen Gruppen sollten später in Politik und Verwaltung Kolumbiens sowie in der Intelligenzija der Universität in Erscheinung treten. 1959 war Camilo an der Gründung einer Fakultät für Soziologie an der Nationaluniversität beteiligt, wurde in ihr zum Professor ernannt und wirkte außerdem in einer Gruppe von Studentenseelsorgern mit.

Zur gleichen Zeit war er auf nationaler und lokaler Ebene an der Leitung verschiedener Institutionen beteiligt, die die Durchführung einer Agrarreform und andere gemeinnützige Anliegen zum Ziele hatten. In den Jahren zuvor (1953–1957) hatte sich die kolumbianische Oberschicht gezwungen gesehen, die Regierungsmacht an das Militär abzutreten, um dem Phänomen «*La Violencia*» Einhalt zu gebieten. Als «La Violencia» bezeichnete man eine Art nicht erklärten Bürgerkriegs, der – vor allem ab 1948 – in bewaffneten Auseinandersetzungen über 300000 Tote forderte. Es handelte sich um bewaffnete paramilitärische Verbände, die entweder den Liberalen oder den Konservativen zuzurechnen waren und mehr oder weniger unter der Leitung von Regierungen und politischen Kräften standen, die inmitten der sich im Lande seit 1945 vollziehenden wirtschaftlichen Umwälzungen um die politische Vorherrschaft rangen. «La Violencia» drohte den für die Existenz des kolumbianischen Staates notwendigen Minimalkonsens hinwegzufegen: Grund genug, daß Liberale und Konservative ein Abkommen

im Sinne der herrschenden Oberschicht trafen; es nannte sich *«Frente Nacional»* und erlaubte ihnen, gemeinsam gegen die Möglichkeiten einer bewaffneten Volksautonomie der fraglichen Selbstverteidigungsgruppen Front zu machen.

Angesichts seiner verschiedenen Ernennungen schrieb Camilo am 6. Januar 1960 in einem Brief: «Diese äußerlich gewichtigen Posten lösen bei mir ein Erschrecken aus: Ich werde bürokratisiert! Mal um Mal sehe ich mich weiter entfernt von meinem Ideal, arm inmitten der Armen zu leben.»[1]

Erste Konflikte und neue Kontakte

Am 8. und 9. Juni wird in Kolumbien jeweils der von der Regierung ermordeten Studenten gedacht, besonders der Opfer von Massakern in den Jahren 1929 und 1954. Tatsächlich waren 1929, als während einer längeren Zeitspanne Regierungen der Konservativen einander abgelöst hatten und die politische Macht der staatlichen Verwaltung unter der Präsidentschaft von Miguel Abadía schon sehr geschwächt war, studentische Proteste im Blut erstickt worden. Dasselbe war 1954 geschehen, als die Studenten in den Straßen die Militärdiktatur von General Rojas herausforderten. Für die so gefallenen Studenten wurde nun auch 1962 eine Messe gefeiert, und während dieser Messe sagte Camilo: «Mochten auch einige von den Studenten, die ihr Leben ließen, nicht katholisch sein: Ihr Heil konnten sie trotzdem wirken, wenn sie in gutem Glauben gemäß ihren Überzeugungen gelebt haben und gestorben sind.»

Auf Camilos Messe gab es zwei Reaktionen. Die Zeitung der Liberalen, «El Tiempo», erschien mit der indignierten Schlagzeile: «Die Kommunisten kommen in den Himmel», und der Erzbischof von Bogotá gebot Camilo, von seiner gesamten Tätigkeit an der Nationaluniversität Abschied zu nehmen. Diese Episode fiel mit studentischen Unruhen zusammen, die von den Universitätsbehörden mit der Entlassung einiger Studenten beantwortet wurden: eine Entscheidung, mit der Camilo nicht einverstanden war. In den Unruhen trat auf partikuläre Weise ein allgemeines Problem zutage. Es bestand darin, daß die «Frente Nacional» den wirklichen Sozialkonflikt, der sich in der Bewegung «La Violencia» äußerte, nicht löste. Die Reaktion der Zeitung «El Tiempo» und die des Erzbischofs sind in diesem Kontext zu sehen.

Camilo wurde nun zum Kaplan in einer City-Gemeinde von Bogotá ernannt. Daneben dozierte er an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (ESAP) und führte seine übrigen Aktivitäten weiter. Als Mitglied des Direktoriums des Kolumbianischen Instituts für Agrarreform (INCORA) und von dessen technischer Expertengruppe trieb er, allen Widerständen zum Trotz, ein Genossenschaftsprojekt in Yopal (Llanos Orientales) voran und unterstützte die Anwendung des Agrarreformgesetzes. Ein anderes Mitglied des damaligen Direktoriums, der gegenwärtige Präsidentschaftskandidat der Konservativen Partei, Alvaro Gómez, widersetzte sich Camilo. Er warf ihm vor, daß er sich mit seiner Unterstützung des Agrarreformgesetzes in Widerspruch zur Soziallehre der katholischen Kirche stelle.

Im April 1964 schrieb Camilo: «Wir Progressisten sind gewiß intelligent. Wir reden gut. Wir gewinnen Popularität. Und wenn wir alle zusammenstehen, sind wir wirklich sympathisch. Aber die Reaktion braucht nur einen ihrer mächtigen Finger zu rühren, und schon sind wir gelähmt. Ohne Organisation können wir nicht weitermachen, jedenfalls nicht ohne gleichwertige Kampfmittel.» Am 19. desselben Monats veröffentlichte die Zeitung «El Expreso» von Lima folgende Äußerung von Camilo: «... Die katholische Kirche wird solange als Verbündete der Klasse der Mächtigen erscheinen, als sie sich nicht von ihrem Grundbesitz lossagt und die Agrarreform unterstützt.»

[1] Alle Zitate von Camilo Torres stammen, wenn nicht anders angegeben, aus: Camilo Torres, Cristianismo y Revolución, hrsg. von O. Maldonado u.a., México 1970.

Am 20. Juni wurde Camilo seines Amtes als Kaplan enthoben. Ende September/Anfang Oktober 1964 knüpfte er Kontakte mit den Führern der Opposition, um ihnen nahezulegen, ihre Kräfte zu vereinen; aber «sie schienen mehr die eigenen Gruppeninteressen zu verfolgen als die Einheit des Volkes».

Zur gleichen Zeit vereinigte er eine Gruppe von Intellektuellen und Wissenschaftlern unterschiedlicher ideologischer und politischer Provenienz, die sich an der Suche nach einem minimalen Konsens über mögliche Punkte eines gemeinsamen Aktionsprogramms zur Veränderung der sozio-ökonomischen Strukturen des Landes interessiert zeigten. Jedes Mitglied engagierte sich für die Erarbeitung einer Studie als Beitrag zu einem Band über Strukturreformen. Er lud auch zu Koordinationssitzungen ein, die dann in den Monaten November und Dezember in Bogotá stattfanden. Die Studien waren spätestens auf den 31. Januar 1965 abzuliefern.

Im Januar 1965 machte in Kolumbien durch die kurzfristige Einnahme der kleinen Stadt Simacota (Dep. Santander) erstmals die kleine bewaffnete Gruppe «Nationale Befreiungsarmee» (ELN) von sich reden[2]. Camilo hielt es für wichtig, mit dieser Organisation Kontakt aufzunehmen.

Im Februar versammelte sich zwar schließlich die Gruppe der Intellektuellen, aber die versprochenen Texte wurden nicht vorgelegt. Nun entschloß sich Camilo, «von der anderen Seite her zu beginnen», und redigierte selber eine *«plataforma»*, eine Art Grundsatzprogramm, das «lediglich der Diskussion dienen soll als Arbeitspapier und als Einigungsinstrument der breiten Massen des Volkes». Er legte das Programm verschiedenen Gruppen vor; so wurde es diskutiert und in einigen Punkten auch verändert. Die «plataforma» war schon im Plan für die Intellektuellen als Zielpunkt vorgesehen gewesen. Wenig später, am Ende eines Vortrags von Camilo vor der «Konservativen Jugend» von Medellín, wurde die «plataforma» öffentlich bekannt; sie erregte großes Ärgernis.

Um den Vorrang der Nächstenliebe

Genau zu dieser Zeit hatte Camilo vom Erzbischöflichen Ordinariat den Vorschlag erhalten, er solle seine Professur an der ESAP aufgeben und die Leitung einer Untersuchung übernehmen, die als Grundlage eines Pastoralplans für die Erzdiözese dienen sollte. Camilo erbat sich einige Tage Bedenkzeit. Schließlich stellte er seine Vorstellungen über «Pastoral» in ein paar Programmpunkten zusammen, die er dem Weihbischof-Koadjutor Ruben Isaza zusandte.

Vorrang sollten die Liebe zum Nächsten und die Verkündigung des Evangeliums (z.B. Bibelkatechese für Kinder und Erwachsene) vor allem äußeren Kult haben. Die Bekenntnisschule sollte zugunsten von Pluralismus und Lehrfreiheit im allgemeinen Erziehungswesen aufgegeben werden. Zu beseitigen wären überhaupt alle soziologischen und psychologischen Faktoren, die eine bewußte und persönliche Zugehörigkeit zur Kirche gerade bei jenen verhinderten, die sich in Liebe für ihren Nächsten engagieren wollten. Zu diesen Faktoren gehörten die ökonomische und politische Macht der Kirche bzw. was sie stützte (bestimmte Gesetze und das Konkordat), die Kluft zwischen Klerus und Gläubigen, das fehlende Mitgefühl mit den Armen und der Mangel an Sinn für Wissenschaft in der Kirche.

Für Camilo war es, wie er dem Weihbischof schrieb, eine «Sache der Ehrlichkeit», die Gesichtspunkte darzulegen, ohne die er «nur aus Gehorsam, aber im Widerspruch zu seinen Überzeugungen» im Erzbischöflichen Pastoralamt mitarbeiten könnte. Er verhehlte nicht ein «tiefliegendes Gefühl des Widerwillens, innerhalb des kirchlichen Apparats zu arbeiten. Er sei sicher, daß er sich damit «von der Welt der Armen abschließen und Bestandteil einer Organisation werden würde, die den Mächtigen der Welt zugehöre».[3]

[2] Im Juli 1964 gegründet, bestand die ELN zur Zeit des Beitritts von Camilo Torres (Oktober 1965) aus etwa 50–100 Kämpfern, vorwiegend Akademikern, Studenten und jungen Bauern. Ihr politisches Programm deckte sich weitgehend mit der «plataforma» von Camilo Torres.

[3] Vgl. Germán Guzmán, Camilo Torres. Persönlichkeit und Entscheidung. München 1970, S. 137–141.

In einem Text aus der gleichen Zeit – «Die Kirche in Lateinamerika am Scheideweg» – stellt sich Camilo Fragen über die scheinbare Einmütigkeit des Katholizismus auf dem Kontinent angesichts der Tatsache, daß es verschiedenerorts und zu verschiedenen Zeiten Konflikte gegeben hat und immer noch gibt, in denen auf der einen Seite die Kirche, auf der andern die Intellektuellen, die Arbeiter und gewisse Staaten zu sehen sind.

Auf der Suche nach einer Antwort stellt Camilo einer «Kirche des Ritus» eine «Kirche des Glaubens» gegenüber. Nach Camilo hat die erste über die zweite eine Vorherrschaft ausgeübt, deren Wurzeln in einer ganzen historischen Vergangenheit von «ausgreifender statt tiefgreifender Evangelisation» liegen. Jedoch, so fährt Camilo weiter, «Kirche des Glaubens» ist ein zweideutiger Begriff. Für Camilo muß die Liebe den Vorrang gegenüber dem Glauben haben, wenn dieser Glaube sich auf eine «äußere Praxis» ohne Überzeugung und ohne «guten Glauben» reduziert.

Von welcher Liebe spricht Camilo? Er meint eine effiziente Liebe zum Nächsten: «dem Hungrigen zu essen, dem Durstigen zu trinken geben». In Kolumbien, so fährt er fort, verhindert eine Minderheit, daß diese «Werke der Barmherzigkeit» zugunsten der Mehrheiten in die Tat umgesetzt werden, weil die Zulassung dieser Werke einen Anschlag gegen die Eigeninteressen der Minderheit bedeuten würde: «Soziologisch gesehen ist die Annahme absurd, daß eine Gruppe gegen ihre eigenen Interessen handelt. Deshalb muß man sich mit der Aussicht befreunden, daß die Mehrheiten die Macht ergreifen, um so die strukturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reformen zugunsten eben dieser Mehrheiten zu verwirklichen. So etwas nennt sich Revolution, und in dem Maße, als es zur Verwirklichung der Liebe zum Nächsten notwendig ist, ist es für einen Christen notwendig, ein Revolutionär zu sein. Wie schwer ist es für diejenigen, die sich katholisch nennen, dies zu verstehen! (...) Sie glauben, in den Worten ‹Mein Reich ist nicht von dieser Welt› bedeute das Wort ‹Welt› das ‹gegenwärtige Leben› und nicht das ‹sündhafte Leben›, wie es doch in Wirklichkeit der Fall ist. (...) Allzu oft springen wir aus der Welt heraus und bewahren uns doch nicht vor dem Bösen.»

Es ist aber nicht möglich, daß dieser Weg der effizienten Liebe von den Priestern isoliert beschritten wird: Sie müssen von der «Gemeinde einer gemeinschaftlich verfaßten Kirche» begleitet werden, worin die Laien miteingeschlossen sind. «Leider identifiziert die öffentliche Meinung bisher das Zeugnis der Laien nicht mit dem Zeugnis der Kirche. In dieser Lage muß der Priester das Zeugnis geben, aber gleichzeitig gilt es, die öffentliche Meinung dazu zu bringen, daß sie im Zeugnis jedes Getauften das Zeugnis der Kirche sieht.» Die stellvertretende Funktion des Priesters kann sowohl die Liebe zum Nächsten als auch die Notwendigkeit des Zeugnisses zum Motiv haben: Beide Motive sind priesterlicher Natur. Im Hinblick auf die Zukunft glaubt Camilo abschließend sagen zu können: «Die Kirche wird stark sein ohne wirtschaftliche und politische Macht, vielmehr mit Liebe. Wenn das weltliche Engagement eines Priesters in den politischen Kämpfen dazu beiträgt, läßt sich sein Einsatz offenbar rechtfertigen.»[4]

Der Bruch mit der klerikalen Kirchenstruktur

Mit seinem dem Weihbischof eingesandten Memorandum für die Pastoral hatte Camilo dem Erzbischöflichen Ordinariat eine Art Gegenvorschlag unterbreitet, auf den er keine Antwort erhält. Er beabsichtigt nun, Kolumbien eine Zeitlang zu verlassen, um seine Studien in Löwen (mit der Promotion) abzuschließen. Am 22. Mai 1965 verabschiedet er sich öffentlich von den Studenten der Nationaluniversität. Bei dieser Veranstaltung liest er das Grundsatzprogramm der «Vereinigten Front *(Frente Unido)* des Kolumbianischen Volkes» vor, eine Bezeichnung, die von jenen stammt, die die «plataforma» unterstützen. Es handelt sich um eine Zusammenstellung von Thesen, die zur Hauptsache wirtschaftliche, politische und kulturelle Strukturreformen zum Inhalt haben.

Am 26. Mai erscheint eine Presseerklärung des Erzbischofs (Kardinal Concha). Sie stellt einerseits klar, daß Camilo von sich aus darum nachgesucht hat, seine Promotion in Löwen nachholen zu können, und hält anderseits fest, einige Punkte in der «von Camilo vorgelegten oder befürworteten plataforma» für die politisch-soziale Aktion seien mit der Lehre der Kirche «nicht vereinbar». (Der Programmpunkt, der diesmal an der erzbischöflichen Kurie vor allem Beunruhigung auslöste, war die Relativierung des Privateigentums, und zwar im Zusammenhang mit der Agrarreform, der städtischen Bodenreform, der Unternehmens- und der Steuerreform. Obwohl das Grundsatzprogramm der «genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Unternehmung» eine wichtige Rolle beimaß, schlug es darüber hinaus eine Anzahl von Enteignungen ohne Entschädigung und von Nationalisierungen vor.) Camilo schreibt am 28. Mai zwei Briefe an den Erzbischof. Im ersten erbittet er formell Urlaub für seine Promotion, im zweiten ersucht er um Erklärung der Programmpunkte, die der kirchlichen Lehre widerstreiten sollten. Der Erzbischof antwortete nicht, und Camilo übergibt die Briefe der Presse. Ebenfalls über die Presse muß Camilo am 9. Juni – in diesen Tagen besucht er Universitäten und führt Gespräche mit Gewerkschaften – die Antwort des Erzbischofs auf seine beiden Briefe erfahren: «Ich finde und suche keine Erklärungen über die Motive Ihrer Frage hinsichtlich der ‹plataforma›; (...) die päpstlichen Direktiven verwehren dem Priester die Tätigkeit in der sozialen Aktion im eigentlichen Sinne des Wortes.» Etwas später (18. Juni) verurteilt der Erzbischof in einer Presseerklärung die Aktivitäten Camilos. Am 22. Juni gewährt er ihm «eine Begegnung von fünf Minuten, worin er klarstellt, daß er ‹mit seinen Priestern keine Diskussionen› wolle und daß Camilo sich zu ‹unterwerfen› habe».

Zwei Tage danach verfaßt Camilo als seine Schlußfolgerung aus dem Gespräch ein Gesuch um Rückversetzung in den Laienstand, das er dem Erzbischof persönlich überreicht. Am gleichen Tag übergibt er der Presse die folgende Erklärung:

«Seitdem ich meinen priesterlichen Dienst versehe, habe ich mich mit allen meinen Kräften dafür eingesetzt, daß die Laien, Katholiken und

[4] Vgl. Anm. 1, S. 364-367.

Katholische Kirchgemeinde Uster

Unser bisheriger Mitarbeiter wird im Frühling in einem Kloster das Noviziat beginnen, und somit wird für die St.-Andreas-Pfarrei Uster die Stelle eines/einer

kirchlichen Mitarbeiters/ Mitarbeiterin als Laientheologe/-in

auf Ende April (Schulbeginn) oder nach Vereinbarung zur Wiederbesetzung frei.

Je nach Eignung und Ausbildung könnten wir folgende Arbeiten zuteilen:

- Religionsunterricht Mittelstufe
- Mitarbeit in der Jugendarbeit
- Betreuung des nebenamtlichen Katechetenteams
- Begleitung der Gruppe Kindergottesdienste
- Mitgestaltung und Mitwirkung in verschiedenen Liturgien

Das genaue Pflichtenheft würde in Zusammenarbeit mit dem Pfarramt und gemäß den Vorstellungen des neuen Stelleninhabers erstellt.

Eine eigene Zweizimmerwohnung innerhalb des Pfarreizentrums kann zur Verfügung gestellt werden. Besoldung und Sozialleistungen richten sich nach der Anstellungsordnung der röm.-kath. Körperschaft des Kantons Zürich.

Für weitere Informationen steht Ihnen Pfr. L. Huber, Tel. 01/9405656, gerne zur Verfügung. Bewerbungen sind bitte zu richten an: Kath. Kirchenpflege, Neuwiesenstr. 17, 8610 Uster.

Nichtkatholiken, sich im revolutionären Kampf engagieren. Als aber gegenüber der Aktion der Laien von seiten des Volkes eine breite Antwort ausblieb, habe ich daraus den Schluß gezogen, daß ich mich selber engagieren muß; so hoffe ich ein Stück weit meinen Auftrag zu erfüllen, die Menschen über die Liebe zueinander zur Liebe Gottes zu erheben. Diese Aktivität betrachte ich als wesentlich für mein christliches und priesterliches Leben als Kolumbianer. Indessen steht die revolutionäre Arbeit im Widerspruch zur Disziplin der gegenwärtigen Kirche. Ich möchte weder dieser Disziplin zuwiderhandeln noch mein Gewissen verraten.» Wenn es ihm in der gegenwärtigen Struktur der Kirche unmöglich gemacht worden sei, so fügt er hinzu, das Priestertum im Sinne des äußeren Kultes auszuüben, so gelte es nicht zu vergessen, daß das christliche Priestertum nicht nur in der Feier des äußeren Kultes bestehe.[5]

Von diesem Zeitpunkt an vervielfachen sich die Aktivitäten Camilos innerhalb und außerhalb Kolumbiens in fieberhaftem Rhythmus. Im Juli trifft er mit dem Chef der bereits erwähnten bewaffneten Gruppe ELN zusammen und wird ihr Mitglied «mit Auftrag in der Stadt». Der Kandidat der Liberalen für die Präsidentschaft der Republik bietet ihm an, die Rolle eines «Chefs der Opposition» zu übernehmen, während der Kandidat der populistischen Richtung ihm entweder den Kardinalspalast oder den Posten eines Botschafters in Paris oder London offeriert. Beide Angebote zielen darauf ab, daß Camilo den Appell zur Wahlabstinenz seitens des *Frente Unido* rückgängig macht.[6] Diese Abstinenz beunruhigt in schwerwiegender Weise die beiden einzigen Partner innerhalb des *Frente Nacional,* die Liberale und die Konservative Partei. Aber sie beunruhigt auch die populistische Bewegung (ANAPO: Alianza Nacional Popular), die ihrerseits den Plan verfolgt, dem Frente Nacional beizutreten, ohne die Konstellation des Parteientandems aufzusprengen, während sie den Massen Einzelreformen als Zugeständnis verspricht. Der Spielraum für Wahlverhandlungen zwischen dem Frente Unido mit seiner «plataforma» und den traditionellen Parteien ist offensichtlich minimal.

[5] A.a.O., S. 375f.; vgl. Hildegard Lüning, Camilo Torres. Priester, Guerrillero. Darstellung, Analyse und Dokumentation. Hamburg ²1970, S. 115f.
[6] A.a.O., S. 53f.

Aktuell zur Bischofssynode 1987

Die Warnungen vor einem Auseinanderdriften von Religiosität und Engagement in der Welt werden lauter. Dennoch fliehen viele Menschen angesichts der ruinösen Gefährdung unserer Zeit in den „Glauben". Ist Christentum vielleicht doch nur eine weltlose Jenseitsreligion, die aus sich heraus keine Kraft hat zum Kampf für eine bessere, leidfreiere und menschenwürdigere Welt? 14 Autoren zeigen die theologischen Grundlagen und praktischen Wege einer „Welt-Frömmigkeit" auf: eine unverzichtbare Theologie für das Überleben der Menschheit!

Broschur, 372 Seiten,
Format 20,5 × 14 cm,
Preis DM 36,--.

Franz-Sales-Verlag
Postfach 13 61, D-8078 Eichstätt, Tel. 0 84 21 / 40 68

In der Guerilla

Im Oktober 1965 weiß Camilo, daß zwei Sondergerichte die Unterlagen bereithalten, um ihn unter Anklage der «Subversion, Anschlag auf die Sicherheit des Landes und verbrecherischen Zusammenschluß» zu stellen. Ferner ist er darüber informiert, daß sein Name auf einer vom Geheimdienst erstellten Liste von 30 Personen steht, die bei Gelegenheit jedweder Unruhe, sei sie dem Frente Unido anzurechnen oder nicht, vor Kriegsgericht gebracht werden sollen. «Ich sage euch, für Revolutionäre ist es eine Pflicht, sich nicht ermorden zu lassen.»

Am 18. Oktober verläßt er endgültig die Stadt und begibt sich ins bewaldete Berginnere des mittleren Magdalena. Er schließt sich einer Partisanengruppe des ELN an, wobei er «jegliche Bevorzugung, die man ihm wegen seines Priesterstandes anbietet, zurückweist (...). Er widmet sich der Alphabetisierung von Campesinos, teilt mit ihnen sein Lager, sein mageres, ärmliches Essen, um immer tiefer von ihren Nöten durchdrungen zu werden.»[7]

«Ich habe mich dem ELN angeschlossen, weil ich in ihm dieselben Ideale wie im Frente Unido finde (...): die Einheit an der Basis (...) ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Konfession oder zu einer traditionellen Partei; ohne Kampfabsicht gegen irgendwelche (anderen) revolutionären Elemente, in welcher Sparte, Bewegung oder Partei auch immer; ohne Führerkult (...), und weil sie hinsichtlich ihrer grundlegenden Ziele das Grundsatzprogramm des Frente Unido akzeptiert.»[8]

Camilo Torres als Symbol

Bereits 1963 hatte ein kolumbianischer Journalist Camilo in einer Liste von Persönlichkeiten seines Landes aufgeführt, die er «die Generation der Jahrhundertmitte» nannte. Camilo antwortete dem Journalisten folgendermaßen: «Die Zwänge für eine individuelle Karriere ersticken in weitem Maße unser Verantwortungsgefühl für das größere Ganze. Die Generation der Jahrhundertmitte läßt sich das bürokratische Korsett gegen einen geringen Preis überstülpen. (...) Wenn ich ein kleines Stück der Struktur zu meinem Vorteil akzeptiere, dann höre ich, wie ein Hund, mit Bellen auf und verhalte mich ruhig.»[9]

Tatsächlich, wenn man sich die Karriere einer ganzen Reihe von Mitgliedern der eingangs erwähnten Gruppen ECISE und ECEP, sodann der Intellektuellen der «plataforma» und der Liste der Jahrhundertmitte ansieht, so erweist sich das Urteil Camilos nicht nur als zutreffend, sondern geradezu als hellseherisch. Camilo – gleich wie seine Gesinnungsgenossen – war auf dem Weg von einer Elite zu einer anti-elitären Position. In einer ersten Phase war dies eine Form von Generationenkonflikt, später eine anti-elitäre Position aus Überzeugung.[10] Aber viele, die zuerst dazugehörten, ließen sich von bürokratischen Pfründen vereinnahmen. Camilo ließ sich nicht vereinnahmen. Er wies alle Angebote sowohl des liberalen wie des populistischen Präsidentschaftskandidaten wie auch des Erzbistums zurück. Deshalb wurde er ins Abseits gedrängt. Keine einzige kolumbianische Institution war bereit, sich auf Camilos Gedanken einzulassen. Im Gegenteil, Personen und Gruppen, die in seiner Nachfolge versuchten, sich etwas davon anzueignen, wurden unterdrückt.

Wenn wir bei einer Vergegenwärtigung Camilos den religiösen Aspekt ins Auge fassen, so stoßen wir bei ihm auf den prophetischen Kern der Religion, wie ihn einige Soziolgen sehen.[11] Zum Zeitpunkt, als Camilo gelebt hat, war die Beziehung der katholischen Kirche zur kolumbianischen Gesellschaft – vermittelt durch den Staat bzw. staatliche Organisationen – nach der Art gestaltet, wie sie sich nach einigen Geschichtsschreibern als «neue Christenheit» benennen läßt. Gemeint ist die Repro-

[7] A.a.O., S. 571–578 und 55ff.; vgl. Guzmán, S. 281f.
[8] A.a.O., S. 571ff.; vgl. Guzmán, S. 284.
[9] A.a.O., S. 269–272.
[10] Vgl. Orlando Fals Borda, Révolutions inachevées en Amérique Latine, DDB, Paris 1972.
[11] H. Desroche, Sociologie Religieuse. PUF, Paris 1968, S. 62ff.; vgl. P. Bourdieu, La Religion selon M. Weber, in: Archives Européennes de Sociologie 12 (1971), S. 3–21.

duktion einer Gesellschaft, die sich als Christenheit der Kolonialzeit in der Verbindung der offiziellen katholischen Kirche mit der spanischen Krone über die Institution des Patronats verwirklicht hatte und die als «neue Christenheit» durch die Verbindung der gleichen Kirche mit der herrschenden Oberschicht der liberal-konservativen Allianz (Frente Nacional) unter anderem über das Konkordat mit gleichen Zielen aufrechterhalten wurde.[12]

Camilo widerspricht mit seiner Existenz diesem ganzen Geflecht. Indem er mit der offiziellen katholischen Kirche bricht, verliert er die in diesem Geflecht geläufige religiöse Legitimation als Priester. Der Bruch ist also nicht das Ergebnis eines Zusammenwirkens von lauter schlechtem Willen, sondern die Folge eines in den sechziger Jahren für Kolumbien spezifischen sozialen Konflikts. Der Bruch bedeutet, daß Camilo für die einen immer noch ein Ärgernis ist; für die andern zum prophetischen Signal geworden, stellt seine Vergegenwärtigung einen Impuls zur Veränderung dar. In der Biographie von Camilo Torres tritt seine Bindung an das Ethos des «laikalen Intellektuellen» zutage. Dieses Ethos erklärt auch, warum er als Priester bis zum Bruch mit dem klerikalen System gelangte.

Obwohl Camilo schließlich keine Spuren in einer festgefügten Gemeinschaft von Nachfolgern hinterläßt, so gibt es doch Gruppen, die sich als seine Erben verstehen und seine prophetischen Linien weiter ausziehen, indem sie der herrschenden Gesellschaft Widerstand leisten und damit zugleich innerhalb der Kirche zur engagierten Opposition gehören.

Mario Calderón, z. Z. Paris

Aus dem Spanischen übersetzt von Ludwig Kaufmann

[12] Enrique Dussel, De Medellín a Puebla. Una decada de sangre y esperanza. México 1979; vgl. Pablo Richard, Mort des Chrétientés et Naissance de l'Église. Centre Lebret, Paris 1978. – Zum Konkordat: 1887 wurde auf der Basis der konservativen Verfassung von 1886 ein Konkordat abgeschlossen, das den Katholizismus zur Staatsreligion machte und zugleich dem Staat erhebliche Vollmachten über die Kirche (Bischofsernennungen!) gab. Obwohl die liberale Verfassung von 1936 eine Neuformulierung des Konkordats nach liberalen Grundsätzen vorsah, mußte der formelle Abschluß der geplanten Revision bis 1973 auf sich warten lassen.

Die Neuverteilung des Arbeitskampfrisikos

Zum Streit um die Neufassung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz in der Bundesrepublik

Der härteste Arbeitskampf in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist für den Bereich der Metallindustrie im Sommer 1984 mit einem Kompromiß beendet worden: Die Arbeitgeber haben die 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit aufgegeben; die Gewerkschaften haben einer beschränkt flexiblen Arbeitszeitregelung zugestimmt; beide haben einen Teil ihrer tarifpolitischen Regelungskompetenz auf Betriebsräte und Unternehmensleitungen verlagert.

Dieser Arbeitskampf hat allerdings ein *rechtspolitisches Nachspiel*, das die Öffentlichkeit und noch mehr die Arbeiter in den Betrieben erregt: die gesetzliche Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz (AFG), insbesondere die Definition der Neutralität der *Bundesanstalt für Arbeit* im Arbeitskampf. Die Erregung ist darin begründet, daß Grundfragen der Tarifautonomie sowie des Arbeits- und Sozialrechts von Kampfbegriffen der Tarifpartner und von politischen Interessen überlagert werden. Deshalb soll hier versucht werden, die Streitformeln der Tarifpartner auf ihren echten Problemkern zurückzuführen, die politischen Hintergründe der juristischen Diskussion aufzudecken, den Regierungsentwurf zur Neufassung des Gesetzes zu überprüfen und Leitsätze arbeitspolitischer Fairneß zu formulieren.

Die Bundesanstalt für Arbeit – eine «Ersatzstreikkasse»?

Die Arbeitgeber behaupten, die Gewerkschaften bräuchten mit Hilfe der sogenannten Minimal-Streiktaktik nur relativ wenige Arbeitnehmer zum Streik aufzurufen und könnten dennoch bei Lieferanten und Abnehmern einen kurzfristig unvermeidbaren Produktionsstillstand riesigen Ausmaßes auslösen. Während sie lediglich den Streikenden (und Ausgesperrten) Unterstützungszahlungen gewährten, zwängen sie die Bundesanstalt für Arbeit dazu, ihrer Zahlungspflicht gegenüber *mittelbar* vom Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmern nachzukommen. Versicherungsmittel, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden, würden als «Ersatzstreikkasse» mißbraucht.

Verständlicherweise weigern sich die Arbeitgeber, denen zunächst das Lohnrisiko bei technischen und wirtschaftlichen Betriebsstörungen zugemutet wird, das Arbeitskampfrisiko zu tragen, wenn Betriebe mittelbar vom Arbeitskampf betroffen und Produktionsstillegungen unvermeidbar sind. Kann ein solches Arbeitskampfrisiko aber einfach auf Arbeitnehmer und Gewerkschaften abgewälzt werden? Müßte nicht zumindest geprüft werden, ob die Produktionseinstellung durch einen Streik oder durch eine Aussperrung erzwungen worden ist? 1984 kamen in den Kampfgebieten Nordbaden/Nordwürttemberg und Hessen auf einen streikenden Arbeitnehmer drei ausgesperrte Arbeitnehmer. Das Streikrisiko könnte verursachungsgemäß den Arbeitnehmern bzw. den Gewerkschaften zugewiesen werden, das Aussperrungsrisiko aber müßten verursachungsgemäß die Arbeitgeber tragen. Der Vorwurf an die Gewerkschaften, die Bundesanstalt werde als Ersatzstreikkasse mißbraucht, kann auf die Arbeitgeber zurückfallen: als Vorwurf, die Bundesanstalt als «Ersatzlohnbüro» zu mißbrauchen.

Nun ist die Bundesanstalt für Arbeit eine Selbstverwaltungseinrichtung der Sozialversicherung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Beteiligung der öffentlichen Körperschaften, die bestimmte technische, wirtschaftliche und arbeitskampfbedingte Risiken durch die Zahlung von Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld solidarisch abdeckt und bemüht ist, eine faire Verteilung dieser Risiken – bevor die Leistungen der öffentlichen Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen sind – zu sichern. Eine faire Verteilung der Risiken hängt aber auch davon ab, wie die gewerkschaftliche Streiktaktik des eng geführten Teilstreiks bzw. des Schwerpunktstreiks von Arbeitgebern und Staat beurteilt wird. Denn diese Streikform wird nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Arbeitgebern und von den öffentlichen Körperschaften als rechtmäßig anerkannt und dem Vollstreik bzw. dem Flächenstreik vorgezogen; sie hält nämlich nicht nur das finanzielle Risiko der Gewerkschaften, sondern auch das Produktionsrisiko der Arbeitgeber sowie das gesamtwirtschaftliche und politische Risiko in Grenzen.

Die Arbeitgeber vernebeln mit ihrer Kampfformel von der Bundesanstalt als «Ersatzstreikkasse» also deren Vermittlungsfunktion an der äußerst delikaten Schnittstelle von Arbeits- und Sozialrecht, wo den Gewerkschaften nicht unbesehen jede Arbeitskampffolge zugerechnet werden kann und wo eine faire Verteilung der Arbeitskampfrisiken immer das mehrseitige Zusammenspiel von Arbeitgebern (Lohnzahlung), Gewerkschaften (Streikunterstützung), Bundesanstalt (Arbeitslosen- bzw. Kurzarbeitergeld) und öffentlichen Körperschaften (Sozialhilfe) erfordert.

«Kalte Aussperrung» – ein neues Arbeitskampfmittel?

Die Gewerkschaften werfen den Arbeitgebern vor, sie unterliefen durch die «kalte Aussperrung» die ihnen von der Recht-

sprechung gewiesenen engen Aussperrungsgrenzen. Das Bundesarbeitsgericht lasse in der Regel nur suspendierende (das Arbeitsverhältnis nicht auflösende) Abwehraussperrungen und nur als Reaktion auf einen eng geführten Teilstreik und nur in einem numerischen Verhältnis zur Zahl der Streikenden zu: Wenn der eng geführte Teilstreik weniger als 25% der Arbeitnehmer eines Tarifgebietes umfasse, dann sei eine Aussperrung von nicht mehr als weiteren 25% der Arbeitnehmer dieses Tarifgebietes gerechtfertigt. Produktionsstillegungen außerhalb des umkämpften Tarifgebietes würden zwar als mittelbare Folgen, als Fernwirkungen des Arbeitskampfes ausgegeben, seien in Wirklichkeit jedoch ein neues Arbeitskampfmittel, eben «kalte» Aussperrung. Ist diese Kennzeichnung zutreffend?

Die Taktik des eng geführten Teilstreiks bzw. des Schwerpunktstreiks vermindert zweifellos die finanziellen Risiken der Gewerkschaft. Sie nutzt die in den letzten Jahrzehnten gestiegene technisch-organisatorische Verflechtung der Wirtschaft gezielt aus. So werden eng geführte Teilstreiks bzw. Schwerpunktstreiks immer mehr zur Regel – allerdings nicht erst seit 1984. Allein in Nordbaden/Nordwürttemberg gab es in 13 Jahren (1971–1984) vier Schwerpunktstreiks, wenngleich mit mehr Streikenden und ohne daß jeweils mit Aussperrung geantwortet wurde. 1984 kamen im Kampfgebiet auf einen Streikenden drei Ausgesperrte; das Verhältnis von Streikenden zu mittelbar Betroffenen im Kampfgebiet betrug 1:1, zu mittelbar Betroffenen außerhalb des Kampfgebiets 1:6.

► Die Kennzeichnung «kalte Aussperrung» trifft nicht zu, wenn die Produktionseinstellung durch technisch-organisatorische Verflechtung der Betriebe verursacht ist. Denn gerade diese Verflechtung ist die unbestrittene kalkulatorische Grundlage des eng geführten Teilstreiks bzw. Schwerpunktstreiks: mit begrenzten Mitteln soll ein möglichst empfindlicher Druck auf die Gegenseite ausgeübt werden. Ohne diese Verflechtung, z. B. ohne äußerst knappe Lagerhaltung, die aus Rentabilitätserwägungen, aber auch im Interesse der Belegschaft eingeführt worden sein mag, würde die Taktik des Schwerpunktstreiks ins Leere laufen.

► Die Kennzeichnung «kalte Aussperrung» trifft zu, wenn die Produktionseinstellung *mutwillig* herbeigeführt und als Arbeitskampfmaßnahme der Arbeitgeber verfügt wurde. Die IG Metall hat für den Arbeitskampf von 1984 nachgewiesen, daß in 75% der Fälle, da die Arbeitgeber Produktionseinstellungen angekündigt hatten, die Betriebsräte deren Eintreten ganz verhindern, deren Zeitpunkt hinausschieben oder deren Reichweite begrenzen konnten. Die Dokumentation berichtet gar von einem Doppelspiel, als ein Abnehmer Lieferstörungen, der Lieferant dagegen Abnahmestörungen als Ursache der Produktionseinstellung vorgegeben hatte. Solche Produktionseinstellungen sind zweifellos nicht vertretbar; das Arbeitskampfrisiko dürfte nicht den Gewerkschaften aufgeladen, es müßte von den Arbeitgebern getragen werden.

Rechtsunsicherheit in der Auslegung des § 116 AFG?

Von Juristen wird der bestehende § 116 AFG für mehrdeutig, widersprüchlich, evtl. gar verfassungswidrig gehalten. Einerseits solle durch Zahlung von Arbeitslosengeld in Arbeitskämpfe nicht eingegriffen werden (Abs. 1), andererseits solle an Arbeitnehmer, die an einem Arbeitskampf nicht unmittelbar beteiligt, aber davon mittelbar betroffen sind, in der Regel gezahlt und nur ausnahmsweise nicht gezahlt werden, nämlich dann nicht, wenn der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb des mittelbar Betroffenen abzielt und wenn die Zahlung des Arbeitslosengelds den Arbeitskampf beeinflussen würde (Abs. 3 Satz 1 Ziff. 1 und 2). Aber selbst wenn diese Bedingungen vorlägen, könne die Zahlung ausnahmsweise geboten sein und durch einen Beschluß der Bundesanstalt angeordnet werden (Abs. 4). Schließlich könne die Bundesanstalt nähere Bestimmungen anordnen, wenn sie nur im Rahmen des Abs. 1 (Eingriffsverbot) die unterschiedlichen Interessen derer, die von Zahlungen bzw. Nichtzahlungen betroffen sind, berücksichtige. Durch die *Neutralitätsanordnung* sei eine solche nähere Festlegung erfolgt: Deren § 4 bestimmt, daß der Anspruch auf Arbeitslosengeld des am Arbeitskampf nicht beteiligten, aber davon mittelbar betroffenen Arbeitnehmers im fachlichen, nicht räumlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags ruht, wenn die Gewerkschaften für den Tarifvertragsbereich des arbeitslosen Arbeitnehmers nach Art und Umfang gleiche Forderungen wie im umkämpften Tarifvertragsbereich erhoben haben und im Arbeitskampf nach Art und Umfang gleiche Arbeitsbedingungen durchsetzen wollen. Dennoch bleibe der Zusammenhang zwischen dem Tatbestand der gleichen Forderungen bzw. Kampfziele und dem Gesetzestext (Eingriffs- und Einflußnahmeverbot) ungeklärt.

Bei der praktischen Auslegung des § 116 AFG ist *unstrittig,*

- daß die am Arbeitskampf beteiligten, also streikenden und ausgesperrten Arbeitnehmer innerhalb des Kampfgebietes keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben;
- daß die am Arbeitskampf nicht beteiligten, aber mittelbar davon betroffenen Arbeitnehmer im fachlichen und räumlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben;
- daß die am Arbeitskampf nicht beteiligten, aber mittelbar davon betroffenen Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrags Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

Strittig ist allein, wann die nicht am Arbeitskampf beteiligten, aber mittelbar davon betroffenen Arbeitnehmer im fachlichen, aber nicht räumlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. § 4 der Neutralitätsanordnung sagt: *wenn nach Art und Umfang gleiche Forderungen und Kampfziele formuliert worden sind.*

Auf diesen § 4 der Neutralitätsanordnung hat sich der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, *Heinrich Franke,* in einem Runderlaß zu Beginn des Arbeitskampfes 1984 berufen, als er die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar betroffene Arbeitnehmer im fachlichen, nicht räumlichen Tarifvertragsbereich mit der Begründung verweigerte, daß der in allen Tarifbezirken erhobenen Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich weitaus überragende Bedeutung beizumessen sei, so daß die übrigen Forderungen im Verhältnis hierzu nicht mehr als gravierend angesehen werden könnten. Der Erlaß wurde von den Sozialgerichten Frankfurt und Bremen durch einstweilige Anordnung aufgehoben; die Landessozialgerichte Hessen und Bremen haben die Entscheidungen vorläufig bestätigt. Beide Gerichte konnten die Tatsache von abweichenden Forderungen in den einzelnen Tarifbezirken (im Hinblick auf die geforderte tägliche Arbeitszeit, die Begrenzung der Mehrarbeit, die Überstundenzuschläge und die Abgeltung durch Freizeit sowie Löhne, Gehälter und Ausbildungsbestimmungen) leicht feststellen. Darüber hinaus interpretierten sie den Begriff «gleiche Forderungen» im Sinne von identischen bzw. fast identischen Forderungen und sprachen dem Präsidenten der Bundesanstalt einen Ermessensspielraum in der Wertung und Gewichtung eindeutig ungleicher Forderungen ab. Im übrigen beriefen sie sich auf ein Urteil des Bundessozialgerichts von 1975, wonach nicht jeder beliebige, unbedeutende Einfluß von Leistungen der Bundesanstalt als rechtserheblich anzusehen sei; nur eine enge Auslegung der Ausnahmetatbestände des § 116 AFG sichere die Neutralität der Bundesanstalt. Diese bleibe durchaus gewahrt, wenn die Leistungsgewährung nicht mehr das Gewicht eines Eingriffs habe und gerade die Nichtgewährung die Neutralität verletzen würde; vom Staat werde eine «fördernde Neutralität» erwartet, nämlich durch die Gewährung von Leistungen die Kampfparität bzw. Chancengleichheit der Tarifpartner wiederherzustellen.

Sind die juristischen Bedenken so erheblich, daß eine Änderung des § 116 AFG dringend geboten ist, wie der ehemalige Präsident des Bundesarbeitsgerichts, *Gerhard Müller,* in sei-

nem Gutachten meint? Das Arbeitsförderungsgesetz ist seit 1969 (zur Zeit der Großen Koalition) und die Neutralitätsanordnung seit 1973 (zur Zeit der sozialliberalen Koalition) in Kraft; sie haben mehrere Arbeitskämpfe überstanden. Das AFG und die Neutralitätsanordnung müssen ferner im rechtspolitischen und allgemeinen politischen Kontext gelesen werden. Das Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 sah eine Leistungsgewährung lediglich zur Vermeidung «unbilliger Härten» vor – ausnahmsweise wurde gezahlt, in der Regel nicht. Die Ausschußberatungen zum Gesetz von 1969 haben dagegen das Verhältnis von Regel und Ausnahme umgekehrt: Die mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen sollten im allgemeinen Arbeitslosengeld erhalten – allerdings in den Grenzen des § 116 Abs. 3 Satz 1 Ziff. 1 und 2. Zur Neutralitätsanordnung der Bundesanstalt schlugen die Arbeitnehmervertreter 1973 vor, nur im umkämpften Tarifgebiet kein Arbeitslosengeld zu zahlen. Dieser Vorschlag fand nicht die erforderliche Mehrheit; so empfahlen die öffentlichen Körperschaften «gleiche Forderungen» und Kampfziele als Abgrenzungskriterium. Der Beschluß kam gegen die Mehrheit der Arbeitgebervertreter zustande.

Zehn Jahre danach nun wird der sogenannte Franke-Erlaß zusammen mit dem starken politischen Engagement der Regierung gegen die Tarifforderungen der IG Metall und der IG Druck und Papier zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche und zusammen mit der Gesetzesvorlage zum Vorruhestand als ein Signal veränderter arbeitspolitischer Vorentscheidungen empfunden. Zu Beginn des Jahres 1985 warben 130 überwiegend mittelständisch orientierte CDU/CSU-Abgeordnete für eine Gesetzesinitiative, um die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt zu sichern; Arbeitslosengeld solle nur noch an mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen und räumlichen Tarifvertragsbereichs gezahlt werden. Das sogenannte Müller-Gutachten ermutigte im Sommer 1985 einige FDP-Politiker, eine umfassende Neuregelung des Arbeitskampfrechts zu verlangen. Und im Herbst 1985 brachten Koalitionsabgeordnete eine Gesetzesinitiative zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes ein.

Man kann es den Gewerkschaften kaum verübeln, wenn sie sich an die Aufforderungen der bürgerlich-liberalen Koalition zur Lohnpause und zur Besinnungspause bei der Rentenerhöhung, an die Einführung der Rentnerbeiträge zur Krankenversicherung, an die Leistungskürzungen beim Schüler- und Studentenbafög erinnern, wenn sie auf die Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankenhauskosten, auf die verzögerte Sozialhilfeanpassung, auf die Kürzungen des Arbeitslosengelds und der Arbeitslosenhilfe, auf die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, auf das Beschäftigungsförderungsgesetz mit den zeitlich befristeten Arbeitsverträgen hinweisen und diese Einzelentscheidungen als Bestandteil einer tendenziell gegen die Interessen der Gewerkschaften gewendeten neoliberalen Arbeitspolitik interpretieren, die die Kampfparität der Tarifpartner zu Lasten der Gewerkschaften verändern will. Diese Beurteilung des politischen Kräftespiels konnte auch durch das Engagement von Bundesarbeitsminister *Norbert Blüm* nicht entkräftet werden. Anscheinend hat er versucht, den radikalen neoliberalen Tendenzen zuvorzukommen, eine vermittelnde Position zu formulieren und wenigstens den unausweichlichen Loyalitätskonflikt bei CDU/CSU-Mitgliedern, die zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind, zu entschärfen.

Klarstellung durch den Regierungsentwurf?

Der Minister hat den Regierungsentwurf als Klarstellung, um die Neutralität der Bundesanstalt zu sichern, gegen Extrempositionen verteidigt. Abgewehrt seien zwei Forderungen:

- allen mittelbar von Arbeitskämpfen Betroffenen die Zahlung von Arbeitslosengeld zu verweigern;
- allen mittelbar von Arbeitskämpfen Betroffenen im fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags die Zahlung zu verweigern.

Darüber hinaus erhalte die Bundesanstalt das Recht, nachzuprüfen, ob Arbeitskampffolgen bloß vorgetäuscht und Arbeitsausfälle willkürlich herbeigeführt seien.

Abs. 1 des Gesetzesentwurfs verbietet wie bisher den Eingriff in Arbeitskämpfe durch Gewährung von Arbeitslosengeld. Ein solcher Eingriff liegt indessen nicht vor, wenn mittelbar betroffene Arbeitnehmer außerhalb des fachlichen Geltungsbereichs des umkämpften Tarifvertrags Arbeitslosengeld erhalten. Abs. 2 verweigert allen, die an einem Arbeitskampf unmittelbar beteiligt sind – Streikenden und Ausgesperrten – die Zahlung von Arbeitslosengeld. Abs. 3 Satz 1 Ziff. 1 verweigert nichtbeteiligten, aber mittelbar Betroffenen, die dem räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags zuzuordnen sind, die Zahlung von Arbeitslosengeld. Abs. 3 Satz 1 Ziff. 2 verweigert mittelbar Betroffenen, die nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Tarifvertragsbereich zuzuordnen sind, die Zahlung von Arbeitslosengeld, wenn in deren räumlichem Tarifgebiet eine Forderung erhoben wird, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfs nach Art und Umfang annähernd gleich ist.

Wie ist dieser Entwurf zu beurteilen?

► *Der Entwurf schafft nicht mehr Rechtssicherheit.* Erstens ist der Begriff «Forderung» nicht eindeutig. Sie kann in einer Entscheidung der zuständigen Gewerkschaftsgremien bestehen, braucht aber nicht ausdrücklich erhoben worden zu sein, sondern kann bereits aus den Gesamtumständen, d.h. auf Grund konkludenten Verhaltens, als erhoben angesehen werden. Wer ist jedoch befugt, das konkludente Verhalten festzustellen? Zweitens bleibt der Begriff der «Hauptforderung» unklar. Unter Hinweis auf den Arbeitskampf von 1984 soll es die Forderung sein, mit der die Mitglieder mobilisiert werden. Drittens bedarf der Begriff der annähernden Gleichheit einer Präzision: Wie weit muß sich die Forderung der Gleichheit nähern, wie weit darf sie sich davon entfernen? Viertens sind die Beispiele der nach Art und Umfang gleichen Forderungen, wie sie in der Begründung des Gesetzesentwurfs genannt werden, willkürlich gewählt. Wieso ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 bzw. 36 Stunden annähernd gleich, während eine rechnerisch entsprechende Lohnerhöhung von 12,5% bzw. 10% als annähernd ungleich gelten dürfte? Wieso lassen sich Arbeitszeitforderungen nicht wie Lohnforderungen nach Art und Umfang differenzieren, zumal der Wunsch nach mehr Freizeit nicht geringer veranschlagt werden dürfte als der Wunsch nach mehr Einkommen? Fünftens bleibt unklar, wie aus der annähernd gleichen Forderung auf einen sogenannten Stellvertreter-Arbeitskampf geschlossen werden kann, an dem der mittelbar betroffene Arbeitnehmer nach einer «natürlichen Betrachtungsweise» (!) und im wirtschaftlichen Sinne als beteiligt anzusehen ist. Sechstens ist weder sachlich noch personell noch rechtlich gewährleistet, wie die Bundesanstalt an Ort und Stelle in einem Betrieb feststellen soll, daß der Arbeitskampf als Ursache des Arbeitsausfalls glaubhaft nachgewiesen ist. Warum hat man bei der Feststellung der Arbeitskampffolgen nicht die Mitwirkung des Betriebsrats eingeschaltet?

Der Regierungsentwurf ersetzt die Unklarheiten des alten § 116 AFG nur durch neue. Ganz unabhängig von der vermutlich unerschöpflichen Fantasie der gewerkschaftlichen Streiktaktiker ist bereits abzusehen, daß die Gerichte auch mit den Arbeitskämpfen der Zukunft, für die der neue § 116 AFG gelten soll, beschäftigt bleiben.

► *Der Entwurf sichert nicht die Neutralität der Bundesanstalt und/oder des Staates.* Die Position der Gewerkschaften beim eng geführten Teilstreik bzw. Schwerpunktstreik wird verschlechtert. Natürlich ist das Streikrecht als solches nicht in Gefahr. Aber die Streikfähigkeit wird gegenüber der bisherigen Praxis, die immerhin durch das Bundessozialgerichtsurteil von 1975 rechtlich abgesichert war, beeinträchtigt. Aufgrund welcher Kriterien diese Verschiebung der Kampfparität zu Lasten der Gewerkschaften geboten erscheint, als müsse das Tarifresultat von 1984 nachträglich korrigiert werden, kann weder mit

der Zahl der Arbeitslosen noch mit der Preissteigerungs- bzw. Wachstumsrate, noch mit der Einkommensverteilung der letzten Jahre plausibel nachgewiesen werden. Ein Übergewicht der Gewerkschaften in den Tarifrunden der letzten Jahre ist nicht festzustellen.

► *Der Entwurf ist kontraproduktiv.* Die Gewerkschaften können die Änderung des § 116 unterlaufen, indem sie ihre tarifpolitischen Forderungen stärker differenzieren. Eine solche Reaktion mag den Vorstellungen mancher Wirtschaftstheoretiker und mancher arbeitgeberorientierten Forschungsinstitute entgegenkommen: So empfiehlt z.B. das Jahresgutachten des Sachverständigenrats von 1985 eine stärkere regionale Lohndifferenzierung, d.h. eine niedrigere Lohnsteigerung in Tarifgebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit. Doch die veränderte Tarifpolitik der Gewerkschaften kann auf Dauer zu einer Regionalisierung der Arbeitskämpfe mit räumlich und zeitlich versetzten Kernzonen führen. Diese werden wahrscheinlich weniger berechenbar und kontrollierbar sein. Die bundesrepublikanische Tariflandschaft kann sich nach angelsächsischen Mustern merklich verändern. Vor allem kann ein charakteristisches Merkmal der Einheitsgewerkschaften, ihre hohe Zentralität und verbindliche Durchsetzungskraft und damit ihre für die BRD bisher als unverzichtbar angesehene Ordnungsfunktion aufs Spiel gesetzt werden. Ist nicht schließlich damit zu rechnen, daß die regionale Tarifdifferenzierung den Wanderungsdruck von Arbeitnehmern einschließlich ihrer Familien in die ökonomischen Ballungszentren verstärkt und das Verfassungsgebot, annähernd gleiche Lebensbedingungen im Bundesgebiet herzustellen, verletzt?

Leitsätze arbeitspolitischer Fairneß

Arbeitspolitisch faire Lösungsvorschläge sollen bei der Wertentscheidung für die Tarifautonomie ansetzen, den Bedarf an Klarstellungen präzisieren und Empfehlungen an die politisch Verantwortlichen formulieren.

► *Wert der Tarifautonomie:* Die Tarifautonomie als eigenverantwortliche Regelung von Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen durch die Koalitionen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter weitgehender Zurücknahme hoheitlicher Regelungsbefugnisse des Staates ist ein fester Bestandteil der demokratischen Rechtsordnung der BRD. Tarifverträge schaffen einen tendenziellen Machtausgleich zwischen den Parteien und bieten normalerweise eine materielle Richtigkeitsgewähr. Doch darf man nicht vergessen, daß die heute verfassungsrechtlich garantierte Tarifautonomie das Ergebnis eines langwährenden Kampfes der Industriearbeiter und ihrer Gewerkschaften ist, den sie gegen Arbeitgeber und Staat hatten führen müssen. Um die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu sichern, sind Gewerkschaften und Arbeitgeber mit einer Mehrzahl von Kampfmitteln ausgestattet. Das Grundgesetz (Art. 9 Abs. 3) garantiert das Streikrecht; ohne das Druckmittel des Streiks könnte die Tarifautonomie nicht wirksam werden; erst der solidarische Zusammenschluß, die Bildung kollektiver Gegenmacht sowie die Streikdrohung schaffen eine tendenziell symmetrische Verhandlungslage zwischen den Tarifparteien und sichern deren Kampfparität.

Die Beurteilung des Streiks ist auf die Aussperrung nicht einfach übertragbar. Denn die Arbeitgeber sind auch ohne Aussperrungsmöglichkeiten nicht ganz schutzlos. Das betriebliche Weisungsrecht sowie die unternehmerische Leitungskompetenz, insbesondere die nahezu ausschließliche Entscheidungsmacht über die Gestaltung der Arbeitsplätze – z.B. bei der Rationalisierung und beim Einsatz neuer Technik –, setzen der Aussperrungsbefugnis enge Grenzen. Wie auch das Bundesarbeitsgericht in mehreren Urteilen (1955, 1971, 1980) entschieden hat, unterliegen Streik und Aussperrung einer unterschiedlichen sozialethischen Bewertung.

► *Klarstellungen:* Wenn die Rechtssicherheit hergestellt, die Neutralität der Bundesanstalt gesichert und der soziale Friede gewahrt werden soll, müssen die erwünschten Klarstellungen

- verursachungsgemäß zwischen technisch-organisatorisch bedingten und als Arbeitskampfmitteln verfügten Produktionseinstellungen unterscheiden;
- verursachungsgemäß zwischen streik- und aussperrungsbedingten Produktionseinstellungen unterscheiden;
- die Verfügung arbeitskampfbedingter Produktionseinstellungen an die Zustimmung des Betriebsrats binden;
- den Ermessensspielraum des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit bei der Gewährung von Arbeitslosengeld unmittelbar während des Arbeitskampfes ausschalten;
- die gegenwärtige Rechtslage der Gewerkschaften im Arbeitskampf unverändert lassen.

► *Empfehlungen:* Dem Gesetzgeber sowie den politisch Verantwortlichen wird empfohlen,

▷ die erwünschten Klarstellungen weder im Alleingang ohne das Einvernehmen der Tarifpartner vorzunehmen noch den Tarifpartnern die eigenen Vorentscheidungen ohne deren gemeinsame Zustimmung aufzudrängen;

▷ das laufende Verfahren bei den Sozialgerichten abzuwarten, auf dessen beschleunigten Abschluß zu drängen und danach gesetzgeberisch initiativ zu werden;

▷ dem Druck eines Tarifpartners zu widerstehen, der mit Hilfe politischer Gruppierungen und des Gesetzgebers kurzfristig die eigene Verhandlungsposition zu Lasten des anderen Tarifpartners verbessern will;

▷ in der gegenwärtigen Situation, die durch Massenarbeitslosigkeit, tiefgreifende Veränderungen im Arbeitsleben infolge neuer Technik und durch anhaltende Nachfrageschwäche gekennzeichnet ist, den sozialen Frieden nicht durch einen unverhältnismäßigen Konflikt mit den Gewerkschaften und den Arbeitern in den Betrieben, die von jedem Gesetzgeber sozialstaatliche Neutralität erwarten können, aufs Spiel zu setzen;

▷ die Loyalitätsbindung von CDU/CSU-Mitgliedern, die zugleich Mitglieder der Gewerkschaften sind, nicht einer politisch kaum wiedergutzumachenden Zerreißprobe auszusetzen;

▷ das dreiseitige Gespräch mit den Tarifpartnern über eine faire, zustimmungsfähige Verteilung der Arbeitskampfrisiken – unbelastet von den Nachbeben des Arbeitskampfs 1984 – fortzusetzen.

Friedhelm Hengsbach, Frankfurt a.M.

ORIENTIERUNG

Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Clemens Locher, Karl Weber, Josef Bruhin, Mario v. Galli, Robert Hotz, Nikolaus Klein, Josef Renggli, Pietro Selvatico
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Paul Konrad Kurz (Gauting), Heinz Robert Schlette (Bonn), Knut Walf (Nijmegen)
Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 201 07 60
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27842
Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge
Konto Nr. 0842-556967-61
Deutschland: Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70)
Konto Nr. 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004
Jahresabonnement 1986:
Schweiz: Fr. 37.– / Studenten Fr. 26.–
Deutschland: DM 45,– / Studenten DM 30,–
Österreich: öS 340,– / Studenten öS 230,–
Übrige Länder: sFr. 37.– zuzüglich Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 45.– / DM 55,– (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 2.50 / DM 3,– / öS 22,–

Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht 1 Monat vor Ablauf erfolgt ist.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

AZ
8002 Zürich